

## **Anfrage der CDU-Fraktion vom 12.09.2023**

### **Machbarkeitsstudie hinsichtlich einer möglichen Reaktivierung des Schienenverkehrs zwischen Opladen und Lennep**

Am 07.09.2023 informierte die Rheinische Post darüber, dass dem Wermelskirchener Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr ein Zwischenstand zur Finalisierung einer Machbarkeitsstudie hinsichtlich einer möglichen Reaktivierung des Schienenverkehrs zwischen Opladen und Lennep durch den Sachgebietsleiter für den Öffentlichen Personennahverkehr bei der Rhein-Berg-Kreisverwaltung erläutert wurde. Die Kosten für diese Studie sollen 140.000 € betragen. Finanziert wird der Betrag zu gleichen Teilen von den Städten Remscheid und Leverkusen, dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie dem Zweckverband „go.Rheinland“. Dieses Quartett bildet gemeinsam mit dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) in beratender Funktion einen Steuerungskreis zur Reaktivierung des Schienenverkehrs auf der Balkantrasse. Das Ende des Artikels lautet: „Die Städte Wermelskirchen und Burscheid werden als Anlieger der Trasse fortlaufend informiert.“ Und der Steuerungskreis verfolge das Vorhaben, die Reaktivierung des „Balkan-Expresses“ als „Leuchtturm-Projekt“ im politischen Raum auf Landesebene zu platzieren.

Vor diesem Hintergrund bitten wir darum, die folgenden Fragen über z.d.A.: Rat zu beantworten:

1.  
Inwiefern ist die Verwaltung der Stadt Leverkusen der Ansicht, dass diese Machbarkeitsstudie sowie mögliche Folgen aus dieser auch die Interessen der Stadt Leverkusen tangieren und insoweit einer öffentlichen Diskussion bedürfen?
2.  
Wer vertritt die Stadt Leverkusen im beratenden Steuerungskreis?
3.  
Welche Einbindung der politischen Gremien Leverkusens ist bei diesem gesamten Prozess vorgesehen?
4.  
Welche Gründe sind der Verwaltung bekannt, weshalb Wermelskirchen und Burscheid als Anlieger fortlaufend informiert werden, der Anlieger Leverkusen (Stadtteile Bergisch Neukirchen und Opladen) hingegen anscheinend nicht?
5.  
Welche Kosten wurden bislang bereits für die Vorarbeiten zur Machbarkeitsstudie durch die Stadt Leverkusen getragen?
6.  
Ist der Anteil von 35.000 € für die Stadt Leverkusen zur Erstellung der Machbarkeitsstudie der Verwaltung bekannt? Sind (weitere) politische Beschlüsse zur Freigabe der Finanzmittel vorgesehen bzw. notwendig?

7.

Hat auch die Stadt Leverkusen im Steuerungskreis zugestimmt, eine Reaktivierung des Balkan-Expresses als „Leuchtturm-Projekt“ im politischen Raum auf Landesebene zu platzieren? Wenn ja, welche politische Mehrheit lag dieser Zustimmung zu Grunde?

Stellungnahme:

Zu 1.:

Die Vorstudie soll grundsätzlich untersuchen, ob eine Reaktivierung der ehemaligen Balkantrasse für den Nahverkehr auf der Schiene zwischen Remscheid-Lennep und Leverkusen-Opladen unter der Prämisse der zwingenden Erhaltung des Rad- und Fußwegs überhaupt umgesetzt werden könnte. Über den Sachstand hinsichtlich der Beauftragung dieser Vorstudie hat die Verwaltung im Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat Nr. 7 vom 31.08.2023 auf Seite 209 ausführlich berichtet. Ebenfalls hat Herr Beigeordneter Lünenbach im Ausschuss für Bürgereingaben und Umwelt am 31.08.2023 hierüber informiert. Im Einzelnen wird auf das städtische Mitteilungsblatt verwiesen.

Zu 2.:

Im Steuerungskreis ist der Fachbereich Mobilität und Klimaschutz vertreten.

Zu 3.:

Wie bereits im Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat Nr. 7 vom 31.08.2023 dargelegt, sollen die Ergebnisse der Vorstudie in den betreffenden politischen Gremien der jeweiligen Gebietskörperschaften vorgestellt werden.

Zu 4.:

Siehe Beantwortung zu 1.

Zu 5.

Bislang wurden noch keine Kosten von Seiten der Stadt Leverkusen getragen.

Zu 6.:

Zur Höhe der Kosten wurde ebenfalls im Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat Nr. 7 vom 31.08.2023 berichtet. Ansonsten legt die Zuständigkeitsordnung in § 1 – Zuständigkeiten des Rates für bestimmte Geschäfte der laufenden Verwaltung fest, dass der Rat über sonstige Entscheidungen beschließt, die im Einzelfall unmittelbar zu Auszahlungen in Höhe von über 100.000 € verpflichten.

Zu 7.:

Der bei diesem Projekt federführende Rheinisch-Bergische Kreis hat den Steuerungskreis darüber informiert, dass dieser – begleitet von go.Rheinland und dem VDV – im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen die Gelegenheit haben wird, das Projekt vorzustellen. Der Rheinisch-Bergische Kreis beabsichtigt, das Projekt für die REGIONALE 2025 anzumelden. Die eingereichten Projekte werden von einem Lenkungsausschuss, dem u.a. die drei Landräte des Rheinisch-Bergischen Kreises, des Oberbergischen Kreises und des Rhein-Sieg-Kreises angehören, sowie von einem Arbeitskreis auf Ministeriumsebene bewertet. Eine parteipolitische Ebene ist in dieser Phase des Qualifizierungsprozesses nicht involviert. Die Stadtverwaltung Leverkusen sieht sich

als Kooperationspartner des Projekts mit der Zielsetzung, die regionale Zusammenarbeit zu stärken.

Der Rat der Stadt Leverkusen hat in seiner Sitzung vom 11.12.2023 beschlossen, dass sich die Stadt Leverkusen an der Machbarkeitsstudie beteiligt.

Mobilität und Klimaschutz

13.03.2024